



BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE

SPD fordert Mindestquote für sozialen Wohnungsbau

>>> Im gesamten Bundesgebiet fehlen bezahlbare Wohnungen. Aktuell gibt es gerade noch 1,2 Millionen Wohnungen mit öffentlicher Förderung bei abnehmender Tendenz. Neben dem Wegfall von Sozialwohnungen aus der zeitlichen Bindung führen Luxusmodernisierungen im großen Stil zu einer Verdrängung der bisherigen Mieterinnen und Mieter aus ihren angestammten Wohnquartieren.

Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen in den nächsten Jahren rund 30.000 Wohnungen für kinderreiche Familien und Alleinerziehende. Auch in Neunkirchen-Seelscheid ist bezahlbarer Wohnraum Mangelware. Auf zwei gemeindeeigenen Grundstücken in Seelscheid errichtet die Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft des Kreises aktuell 12 öffentlich geförderte Wohneinheiten und für weitere 14 Wohneinheiten gibt es aus 2017 und für 12 Einheiten in 2018 eine Förderzusage für einen privaten Investor.

Das ist aus Sicht der SPD viel zu wenig. Derzeit haben 23 Einzelpersonen und 15 Mehrpersonenhaushalte einen angemeldeten Anspruch auf sozialen Wohnraum. Hinzu kommt der Druck der Ballungszentren auf bezahlbaren Wohnraum im ländlichen Raum. Und Familien verlassen die Gemeinde, weil sie hier keinen bezahlbaren Wohnraum finden.

Ansprüche auf sozial geförderte Wohnungen werden auch aus Scham von den Betroffenen häufig nicht beantragt. Dieser Personenkreis kommt dann in der Statistik nicht vor. Es haben also noch viel mehr Menschen in Neunkirchen-Seelscheid einen Anspruch auf einen sogenannten Wohnberechtigungsschein. Es ist wenig sinnvoll, erst dann mit dem Bau von Sozialwohnungen zu beginnen, wenn bereits Wohnungsnot herrscht. So war es ein Fehler der CDU-Regierung unter Helmut Kohl, sozialen Wohnungsbau ausschließlich der privaten Wohnungswirtschaft zu überlassen. Aktuell fehlende Sozialwohnungen können so schnell nicht aus dem Boden gestampft werden!

Nicht nur gut verdienende Familien haben Anspruch auf Wohnraum. Die kommunale Daseinsverpflichtung soll allen Bevölkerungsgruppen angemessenen und vor allem bezahlbaren Wohnraum ermöglichen. Bisher führten von der Gemeinde aufgestellte Bebauungspläne vor allem zum Bau von Eigenheimen. Der Kommune fehlen zusammenhängende gemeindeeigene Grundstücke zur Realisierung einer gesunden Mischung von Haus- und Wohneigentum, sozialem Wohnungsbau und Wohnraum für Senioren. Es war ein Fehler, keine eigene Bodenvorratspolitik betrieben zu haben. Das Bauen wurde privaten Inves-

toren überlassen, die zuvorderst aus Renditeinteressen handeln und den über die Baulandschaffung im Planverfahren erzielten höheren Grundstückswert einstreichen.

Der Eigentumsverpflichtung in Art. 14 des Grundgesetzes folgend ermöglicht § 9 Abs. 1 Nr. 7 des Baugesetzbuches in Bebauungsplänen Bereiche festzusetzen, auf denen ganz oder anteilig Wohnraum zu schaffen ist, der öffentlich gefördert werden könnte. Von dieser Möglichkeit haben bereits zahlreiche Kommunen Gebrauch gemacht. So kann die Gemeinde, wenn sie kein eigenes Baurecht hat, den Bau von bezahlbarem Wohnraum fördern.

Die Forderung der SPD-Fraktion, im aktuell geplanten Baugebiet „Stehlsiefen/Eischeider Straße“ in Neunkirchen anteilig den Bau von Sozialwohnungen vorzusehen, wurde vom Gemeinderat auf Vorschlag von Bürgermeisterin Nicole Sander dahingehend umgesetzt, als die textlichen Festsetzungen im Bebauungsplanentwurf so angepasst werden, dass Wohngebäude ab vier Wohneinheiten nur errichtet werden dürfen, wenn sie mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert werden könnten.



SPORTPLÄTZE IN EINER GEMEINDE, DIE PLEITE IST

>>> CDU/FDP und „Wir für Neunkirchen-Seelscheid“ (WfNKS) haben beschlossen, den Schulsportplatz Höfferhof komplett neu aufzubauen. Damit wurde der sinnvolle Wunsch des Gemeindefortschritts unfinanzierbar, die Sportanlage in Breitscheid mit einer Leichtathletikanlage zu erweitern. Es war bis zu diesem Zeitpunkt unvorstellbar, dass diese Parteien nach den schlimmen Erfahrungen aus den Verschuldungsorgien der Jahre bis 2012 keine Lehren gezogen haben. Doch weit gefehlt: Sie haben es wieder getan! CDU/FDP und WfNKS haben der Gemeinde ohne Not weitere Darlehnsaufnahmen aufgezwungen. Dass die Gemeinde pleite ist und im sogenannten Stärkungspakt finanziell dahinvegetiert, ist den Damen und Herren zwar bekannt. Trotzdem beschlossen sie, die voll funktionierende Sportanlage Höfferhof mit enormem Kostenaufwand komplett zu erneuern.

Die Bürgermeisterin kratzt mithilfe der gesamten Verwaltung seit 2014 jeden Cent zusammen, um die hohe Verschuldung abzubauen. Allen ist bekannt, dass viele Gemeindestraßen sanierungsbedürftig sind, dass die Feuerwehr in

Neunkirchen ein neues Domizil braucht, dass Wasserwerk und Sporthallen saniert werden müssen, dass Kinderspielflächen und Schulen zu unterhalten sind. Aber für diese notwendigen Maßnahmen fehlen seit Jahren ausreichende Mittel. Alles das vergessen CDU/FDP und WfNKS geflissentlich. Stattdessen stürzen sie sich auf einen unnötigen Neubau der Sportanlage Höfferhof. Jeder, der sich den Sportplatz heute im Bestand anschaut, fragt sich, was denn dort für viel Geld gemacht werden soll. Für den Neubau wird zudem vergessen, dass dafür gar kein Baurecht besteht. Das Gelände ist im Flächennutzungsplan als Wohnbaufläche ausgewiesen. Baurecht ist gegen die Anwohner gar nicht zu erreichen. Weitere Parkplätze und baulicher Lärmschutz sind aus Platzgründen nicht möglich. Das wird das gleiche Desaster wie die verlorene teure Planung für den von CDU/FDP und WfNKS gewünschten Sportplatz neben dem LIDL-Markt in Neunkirchen.

Bis vor Kurzem wollten diese Parteien für den Neubau in der Höfferhofer Straße noch Fördermittel vom Land beantragen. Das hatte aber schon abgewunken. Jetzt büden CDU/FDP und WfNKS der

Gemeinde die vollen Neubaukosten auf! Die CDU spricht von 1,5 – 1,7 Mio. €! Und dabei hatte die Aufsichtsbehörde der Gemeinde auch noch schriftlich gegeben, dass der Sportplatz Höfferhof für den Schulsport voll und ganz ausreichend ist!

Wir haben zusammen mit B90/DIE GRÜNEN vorgeschlagen, den Schulsportplatz zu verbessern. Dies ist mit viel geringem Aufwand (ca. 100.000 €) problemlos möglich. Aber nichts da! Klotzen statt kleckern ist jetzt wieder bei CDU/FDP und WfNKS angesagt! Die Bürgerinnen und Bürger zahlen es ja!

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und schärft Profil *Seite 2*

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der Bremse *Seite 3*

Bezahlbarer Wohnraum für alle *Seite 4*



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Jusos-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.